

## Journal

**Kein Strom und Pandemie sind grösste Risiken für Bevölkerung**

**BERN** Eine lang andauernde, schwere Strommangellage oder eine Pandemie sind in der Schweiz in den kommenden Jahren die grössten Risiken. Dies zeigt eine nationale Risikoanalyse des Bundesamts für Bevölkerungsschutz. Der Bundesrat hat vom Bericht «Katastrophen und Notlagen Schweiz» Kenntnis genommen. Darin werden insgesamt 33 bevölkerungsschutzrelevante Gefährdungen systematisch auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit und auf das mögliche Schadensausmass hin analysiert, um das jeweilige Risiko zu bestimmen. Eine Stromunterversorgung von 30 Prozent während mehrerer Wintermonate würde etwa «zu grossen Personenschäden» und darüber hinaus «zu immensen ökonomischen und immateriellen Schäden für die Wirtschaft und für die Gesellschaft» führen. Insgesamt sei mit einem Schaden von über hundert Milliarden Franken zu rechnen.

**Der Chef der SBB verdiente 2014 am meisten Geld**

**BERN** SBB-Chef Andreas Meyer schwingt im Vergleich der bundesnahen Unternehmen lohnmassig weiterhin deutlich obenaus: Meyer verdiente im vergangenen Jahr 1,072 Millionen Franken – rund 14 Prozent mehr als im Jahr davor. Der höhere Lohn von Meyer ist auf einen Anstieg bei den variablen Vergütungsbestandteilen zurückzuführen. Diese stiegen um über die Hälfte. Der fixe Lohnanteil des SBB-Chefs blieb mit 580'000 Franken auf dem Niveau des Vorjahres. Weit hinter Meyer folgt dann das am zweitbesten verdienende Kadermitglied bei den bundesnahen Betrieben: Urs Breitmeier, Geschäftsführer des Rüstungs- und Technologiekonzerns Ruag. Auch er bekam 2014 deutlich mehr Lohn als 2013: 874'400 Franken gegenüber 845'651 Franken.

**Landesregierung steht hinter der Politik der Nationalbank**

**BERN** Der Schweiz droht wegen des starken Frankens vorerst keine schwere Krise. Zu dem Schluss kommt der Bundesrat nach einer Lageanalyse. Die Politik der Nationalbank unterstützt die Regierung. «Die Nationalbank (SNB) trägt mit ihrer Geld- und Währungspolitik dazu bei, die Preise und die Konjunktur zu stabilisieren», heisst es in einer Mitteilung des Bundesrats. Die negativen Zinsen ermöglichen es, einer Aufwertung des Frankens entgegenzuwirken. Bei Bedarf könne die SNB auch wieder auf dem Devisenmarkt intervenieren.

**Bundesrat reagiert auf die NSA-Spionageaffäre**

**BERN** Der Bundesrat will die Bundesverwaltung besser vor der Ausspähung durch ausländische Nachrichtendienste schützen. Er hat neue Weisungen für die Informatiksicherheit gutgeheissen. Damit reagiert er auf Erkenntnisse aus der Affäre um den US-Geheimdienst NSA. Unternehmen, die unter ausländischer Kontrolle sind, sollen bei der Beschaffung von kritischen IT- und Kommunikationsinfrastrukturen ausgeschlossen werden können.

**Ins Röhrrchen blasen wird ab nächstem Jahr zur Regel**

**BERN** Der Bundesrat hält an der Einführung der beweissicheren Atemalkoholprobe im Strassenverkehr fest und setzt sie per 1. Oktober 2016 in Kraft. Ab dann wird in der Schweiz die Ange-trunkenheit im Strassenverkehr im Regelfall mit der Atemalkoholprobe bewiesen. Eine Blutprobe wird nur noch in Ausnahmefällen durchgeführt, unter anderem bei Verdacht auf Drogenkonsum oder auf Verlangen der betroffenen Person. Begründet wird der Richtungswechsel mit neuen, «technisch hoch entwickelten Geräten».



Die fetten Jahre sind für Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf und den Bund vorbei.

Bild Key

# Bern muss Milliarden sparen

**Der Bund plant bis 2019 jährlich Kürzungen von bis zu einer Milliarde, um Defizite zu verhindern. Von der Bildung über die Entwicklungshilfe bis zum Personal dürften viele betroffen sein.**

VON **TOBIAS GAFAFER**

**BERN** Noch im August 2014 rechnete der Bund mit Milliardenüberschüssen. Doch die fetten Jahre sind vorbei, nach den Kantonen muss auch Bern den Gürtel enger schnallen. Bereits Anfang 2015 verdüsterten sich die Aussichten. Seit gestern ist nun klar, wie viel der Bund sparen muss, damit die Finanzen nicht aus dem Ruder laufen. Für 2016 sieht er Ausgaben von 67 Milliarden Franken und Kürzungen von über einer Milliarde vor, wie Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf vor den Medien sagte. Erstmals seit Längerem gehen die Staatsausgaben leicht zurück. Mehr noch: 2017 plant der Bundesrat Kürzungen von 800 Millionen und bis 2019 nochmals von je rund einer Milliarde.

**Rückgängiger Tanktourismus**

Nötig sind die Massnahmen, weil die Einnahmen unter den Erwartungen geblieben sind – und wegen der Frankenstärke weiter sinken dürften. In einem Bericht erwähnt der Bund Ausfälle bei der Einkommens- und der Gewinnsteuer. Wegen Wechselkurseffek-

ten stagnierten etwa die Gewinne privilegiert besteuert ausländischer Firmen. Steuerreformen für Familien und Unternehmen hatten ebenso ihren Preis. Zudem verwies Widmer-Schlumpf auf den Tanktourismus in die Schweiz, der sich nicht mehr lohnt – was beim Fiskus zu Ausfällen führt.

Mehr Geld soll es 2016 für die Armee und den Verkehr geben, unter anderem für den vom Volk angenommenen neuen Bahnfonds. Beim Personalaufwand sieht Widmer-Schlumpf ebenso ein leichtes Wachstum vor wie auch bei den Ausgaben für Asylsuchende, von denen immer mehr kommen. Abstriche plant sie etwa bei der Landwirtschaft, wobei die Beiträge pro Betrieb gleich hoch bleiben sollen, weil deren Zahl zurückgeht.

**Reaktionen**

Kritik von rechts, Widerstand von links

Für die Bürgerlichen geht der Bundesrat zu wenig weit. Die FDP sieht Sparmöglichkeiten beim Bundespersonal, die SVP fordert unter anderem Einsparungen bei der Entwicklungszusammenarbeit und bei der Kultur. Auf der anderen Seite kündigt die SP Widerstand gegen allfällige Abbaumassnahmen im Sozialbereich an. Die Schuld für die derzeit angespannte Budgetsituation gibt die SP in erster Linie dem früheren Finanzminister Hans-Rudolf Merz und dessen Unternehmenssteuerreform II. (*sda*)

Die Kürzungen für 2016 sind bloss ein Vorgesmack. Wo in den zwei Folgejahren wie viel eingespart werden soll, hat der Bundesrat zwar noch nicht entschieden. Doch er einigte sich auf Sparvorgaben für die sieben Departemente, die vorerst geheim bleiben. Bis nach dem Sommer müssen diese Vorschläge vorliegen, im Herbst soll eine Vorlage folgen. Im Prinzip können die Departemente entscheiden, wo sie kürzen wollen. Davon sollen 80 Prozent bei ungebundenen Ausgaben erfolgen und 20 Prozent bei gebundenen.

Mit anderen Worten: Tabus dürfte es nicht geben. So wird das Innendepartement kaum um Kürzungen bei den Sozialausgaben herumkommen, zum Beispiel bei den Prämienverbilligungen. Zudem sollen voraussichtlich unter anderem die Bildung, die Entwicklungshilfe, die Landwirtschaft und die Bundesbeamten Federn lassen müssen. «Die Kürzungen werden zu einem Personalabbau führen», sagte Widmer-Schlumpf.

Mit den Massnahmen will der Bundesrat die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten und den finanziellen Spielraum für die unumgängliche dritte Unternehmenssteuerreform schaffen. Bloss: Der Spardruck dürfte sich durch Entscheide des Parlaments noch verschärfen. So beschloss die Verkehrskommission unlängst, dass mehr Einnahmen aus der Mineralölsteuer an die Strasse fliessen sollen. Zudem wird das Volk über mehrere Steuervorlagen wie die Abschaffung der «Heiratsstrafe» entscheiden, die ebenso neue Löcher in die Bundeskasse reissen würden.

**Notversorgung**

## Bundesrat will Komatrinker nicht zur Kasse bitten

**BERN** Wenn jemand wegen einer Alkoholvergiftung notfallmässig im Spital behandelt werden muss, soll die Krankenkasse die Kosten dafür weiterhin übernehmen. Der Bundesrat lehnt eine Vorlage aus dem Parlament ab, die dies ändern will.

Eigenes Verschulden sei heute kein Kriterium dafür, ob die obligatorische Krankenpflegeversicherung die Kosten übernehme oder nicht, teilte die Regierung gestern mit. «Eine Ausnahme bei übermässigem Alkoholkonsum käme einem Systemwechsel gleich und wäre mit dem Verfassungsgrundsatz der Rechtsgleichheit schwer vereinbar.» Zudem sei weder die Wirksamkeit einer solchen Massnahme erwiesen, noch seien die finanziellen Auswirkungen geklärt.

Weiter befürchtet der Bundesrat, dass sich insbesondere Jugendliche und Personen aus bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen spät oder gar nicht in Behandlung begeben könnten, wenn sie die Kosten zukünftig selbst tragen müssen.

Die Gesundheitskommissionen beider Räte fordern dagegen einen Wechsel bei der medizinischen Notversorgung wegen Alkoholvergiftung. Wer zu viel trinkt und deshalb ins Spital oder in die Ausnüchterungszelle muss, soll für die Kosten künftig selber aufkommen.

Die Kommissionen hatten sich für die im März 2010 von Nationalrat Toni Bortoluzzi (SVP/ZH) eingereichte parlamentarische Initiative ausgesprochen. Medizinische Behandlungen als Folge von übermässigem Alkoholkonsum seien grundsätzlich selbstverschuldet, lautete der Tenor. (*sda*)

## Bundesrat vertagt EO-Entscheid

**BERN** Eine kleine Senkung der Beiträge für die Erwerbbersatzordnung (EO) würde laut dem Bund die Wirtschaft um jährlich 200 Millionen Franken entlasten – entsprechend machen die Arbeitgeber Druck. Doch Alain Berset wollte dem Bundesrat beantragen, an den heutigen Beiträgen festzuhalten. Die Gewerkschaften hingegen fordern einen Vaterschafts- und einen Ausbau des Mutterschaftsurlaubs. Der Bundesrat sollte das Geschäft schon letzte Woche beraten, kam aber nicht mehr dazu. Somit dürfte die Regierung erst nach dem Sommer entscheiden. (*tga*)

# Eschers Briefe sind nun digital abrufbar

**Das neuste Werk** des in Ramsen geborenen Professors Joseph Jung ist seit gestern Abend online geschaltet.

VON **KARL HOTZ**

**ZÜRICH** «Ziel ist der digitale Bahnhof der Alfred-Escher-Stiftung», verkündete Joseph Jung und gab damit Bundesrätin Doris Leuthard das Zeichen, die neue Datenbank zu aktivieren.

Der in Ramsen aufgewachsene Historiker und Professor an verschiedenen Universitäten ist der Experte schlechthin, wenn es um den Schweizer Bahnpionier, Vater der ETH, Gründer der Kreditanstalt, der Rentenanstalt und vieler anderer Firmen, Alfred Escher, geht. Neun Bücher hat er bereits über Escher geschrieben, der in der kurzen Periode, in der die Schweiz zwischen 1848 und etwa 1867 wirklich liberal war, wie kein anderer Zürich zu jenem Wirtschaftszentrum

unseres Landes gemacht hat, das es heute noch ist.

Gestern wurde in Zürich sein neuester Wurf gefeiert: die erwähnte Datenbank. 5018 Briefe von und an Escher sind nun digital abrufbar. Über 3700 Personen und mehr als 2200 Orte sind darin genannt. Eine Arbeit von über zehn Jahren, an der mehr als 100 Personen mitgewirkt haben, steckt dahinter. Ein halbes Dutzend Politikerinnen und Politiker mit Bundesrätin Doris Leuthard an der Spitze sowie der aus Bern per Video zugeschaltete CEO der SBB, Andreas Meyer, würdigten und lobten das Werk. Stiftungspräsident Walter B. Kielholz lobte Escher als wahren Liberalen und meinte ironisch, heute wollten fast alle wieder liberal sein – «allerdings nur mit eingebautem Vorbehalt».

**Ausgezeichnetes Design**

Ein erster Blick in die Edition dagegen begeistert ohne jeden Vorbehalt. Die neue Datenbank setzt Massstäbe in Sachen Bedienbarkeit. Natürlich können Namen und Orte beliebig gesucht

werden. Ein umfangreiches Schlagwortverzeichnis erleichtert das Finden von Themen. Eine Zeitleiste erlaubt die Einschränkung einer Suche bis hin zu einem einzelnen Tag. Ein Bijou auch die Nutzung der Originaldokumente: Hat jemand Mühe mit der alten Schrift, genügt ein Klick und die betreffende Zeile ist transkribiert zu sehen.

**Beispiel Rheinfallbahn**

Interessanter als jedes Design ist natürlich der Inhalt der Datenbank. Da finden sich auch viele Hinweise auf Schaffhausen und Schaffhauser (Schaffhauserinnen sind absichtlich nicht genannt – unter den 678 Personen, die Escher angeschrieben hat oder die ihn anschrrieben, sind nämlich ganze neun Frauen ...). Klickt man in der Schlagwortübersicht etwa das Stichwort Rheinfallbahn an, findet man zehn Briefe zu diesem Thema. Einer stammt von Johann Friedrich Peyer im Hof, der am 3. April 1856 Escher inständig bittet, sich um die geplante Bahn zu kümmern. Peyer gehört übrigens zu

einem weit gespannten «Netzwerk», wie man heute sagen würde, von Informanten in der ganzen Schweiz, die diesen interessieren könnten. Zu diesem Netzwerk gehörten übrigens, wie Jung an der Feier schmunzelnd erzählte, auch Bundesräte, die mit Escher brieflich über Interna des Bundesrates diskutierten.

Besonders interessant auch die 48 Briefe von und an den Osterfinger Georg Stoll, der einer der engsten Vertrauten Eschers war, der ihm nach dessen Sturz unverbrüchlich die Treue hielt. Stoll war einer der wenigen, der an Eschers Sterbebett vorgelassen wurde. Er sass in zahlreichen Direktionen und Firmen des Escher'schen Imperiums. Unter anderem folgte er Escher auf dem Direktionsessel der Kreditanstalt. In über 200 Briefen wird zudem Schaffhausen oder es werden Orte aus dem Kanton Schaffhausen erwähnt.

Die Website ist unter [www.briefedition.alfred.escher.ch](http://www.briefedition.alfred.escher.ch) zu finden.